

# Aus dem Vortrag der Direktion des Gemeindewesens im Kanton Bern an den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates über die Erweiterung der Rechte der Frauen in Gemeindeangelegenheiten [Fortsetzung]

Autor(en): **Giovanoli, F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **3 (1947)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-846320>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Aus dem Vortrag der Direktion des Gemeindewesens im Kanton Bern

an den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates über die Erweiterung der Rechte der Frauen in Gemeindeangelegenheiten.

Bern, den 9. Juli 1946. Der Direktor des Gemeindewesens: Giovanoli.

(Siehe Staatsbürgerin No. 4, April 1947)

Der weitere Einwand, die **Frauen seien zur sachgemässen Ausübung des Stimm- und Wahlrechtes nicht fähig**, dürfte in einem Staate mit grundsätzlich gleichen Bildungsmöglichkeiten für Mann und Frau und nach den Beweisen an Tüchtigkeit, Einsicht und Verantwortungsbewusstsein, welche die Frauen bei ihrem Wirken in der Familie, in der Wirtschaft und in den öffentlichen Diensten gerade während der letzten Jahre erbracht haben, gegenüber einer auf Gemeindeangelegenheiten begrenzten Erweiterung der Frauenrechte wenigstens so lange nicht mit Fug erhoben werden, als die Frauen gar keine Gelegenheit zum Stimmen hatten und dementsprechend keine Beispiele des Versagens vorliegen. Von den Männern können, abgesehen von den ausgesprochen Blöd- oder Irrsinnigen, geistig noch so Schwachbemittelte an allen Entscheidungen in Bund, Kanton und Gemeinde mitwirken. Wer das bedenkt, wird kaum den Frauen die Fähigkeit zum richtigen Gebrauch des Stimmzettels in Gemeindesachen absprechen wollen.

Wir teilen auch nicht die Befürchtung, eine **Erweiterung der Frauenrechte sei der Erfüllung der Aufgabe der Frau als Erzieherin abträglich**. Ein vermehrtes Nachdenken der Frau über Fragen des öffentlichen Wohls und Aussprachen darüber in der Familie können der staatsbürgerlichen Erziehung der Kinder nur förderlich sein. Das Elternhaus kann auf diese Weise mehr als bisher im heranwachsenden Manne den Sinn für

### **Ersparnisse, die uns anvertraut sind**

verwenden wir zu sorgfältig geprüften Krediten als erstrangige Hypothekendarlehen und zur Anlage in Staatspapieren

### **Genossenschaftliche Zentralbank Zürich**

Bahnhofstrasse 79 (Eingang Usterstrasse, Baslerhaus)

Ausgabe von Obligationen und Depositenheften

Kredite — Hypothekendarlehen  
Besorgung sämtl. Bankgeschäfte

die Bedeutung der Volksrechte wecken und ihn auf deren Ausübung vorbereiten helfen. Eine **übermässige Beanspruchung der Zeit der Hausfrau durch die Verleihung des Stimm- und Wahlrechtes in Gemeindesachen** wird in den wenigsten Fällen eintreten; rufen doch die meisten Gemeinden ihre Stimmberechtigten nicht mehr als zwei bis drei Mal jährlich zu einer Gemeindeversammlung oder zu einem Urnengang auf. Der Arbeit in Parteien unterzieht sich erfahrungsgemäss nur ein ganz geringer Bruchteil der Bürger. Es ist nicht anzunehmen, dass es bei den Frauen anders sein werde. Zudem sind nicht alle Frauen verheiratet und Mütter.

Aus Staaten, die der Frau das Stimm- und Wahlrecht geben, wird übereinstimmend berichtet, dass die Befürchtungen hinsichtlich der **Unvereinbarkeit der Ausübung politischer Rechte mit den Eigenschaften und der Würde der Frau** grundlos sind. Viele Beobachter erklären, dass die politische und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau die Erziehung ihrer Kinder in mancher Hinsicht, vor allem zu nützlichen Staatsbürgern, wohltätig beeinflusse.

Ebensowenig dürfte die Einräumung des Gemeindestimm- und -wahlrechtes an die Frauen den **häuslichen Frieden** ernstlich gefährden. **Ehescheidungen** sind in Staaten, die der Frau die volle Gleichberechtigung nicht nur in der Gemeinde, sondern in allen öffentlichen Angelegenheiten gewährt haben, *weniger zahlreich als in der Schweiz*. Eine Ehe, die diesen Namen verdient, sollte unter gelegentlichen politischen Auseinandersetzungen der Partner nicht leiden. Zudem sind politische Meinungsverschiedenheiten unter Familiengliedern auch ohne Frauenstimmrecht möglich.

Der Behauptung, die **Mehrheit der Frauen kümmere sich nicht um öffentliche Angelegenheiten** und wünsche das Stimmrecht gar nicht, ist zunächst entgegenzuhalten, dass neue Erkenntnisse und Fortschritte je und je von kleineren Kreisen ausgegangen und nur allmählich in breitere Schichten eingedrungen sind. An Vorstössen zur Erweiterung ihrer Rechte haben sich die Frauen immerhin recht rege beteiligt. Beispiele hiefür sind die rund 170 000 Unterschriften von Schweizerfrauen unter der eidgenössischen Petition für das Frauenstimmrecht vom Jahre 1929 und die 38 192 Unterschriften von Bernerfrauen unter der Petition vom Mai 1945. Diese Zahlen sind umso beachtlicher, als die Frauen die Unterschriften ohne Mithilfe ausgebauter und in derlei Dingen erfahrener Organisationen aufgebracht haben. Die Frauenunterschriften auf der Berner Petition stammen von Frauen aus allen Berufskreisen, jedoch vorwiegend von Hausfrauen. Eine vom statistischen Bureau vorgenommene Zusammenstellung der Frauenunterschriften aus sechs Amtsbezirken nach Berufen ergibt folgendes Bild:

Hausfrauen . . . . .	55,3 ‰
Ohne Berufsangaben . . . . .	13,8 ‰

Fabrikarbeiterinnen . . . . .	8,8 ‰
Kaufmännische Angestellte . . . . .	6,3 ‰
Lehrerinnen . . . . .	3,8 ‰
Schneiderinnen . . . . .	2,2 ‰
Haustöchter . . . . .	1,2 ‰
Geschäftsfrauen . . . . .	1,0 ‰
Hausangestellte . . . . .	1,0 ‰
Bäuerinnen . . . . .	1,0 ‰
Krankenpflegerinnen . . . . .	0,8 ‰
Modistinnen . . . . .	0,7 ‰
Kinderpflegerinnen . . . . .	0,2 ‰
Hebammen . . . . .	0,2 ‰
Erwerbstätige verschiedener Berufe	3,7 ‰

Berücksichtigt man, dass ein Teil der Unterschriften ohne Berufsangaben ebenfalls Hausfrauen zuzurechnen sein wird, so darf man annehmen, dass rund drei Fünftel der Unterzeichnerinnen Hausfrauen sind, und zwar, wie das statistische Bureau feststellt, namentlich solche aus Städten.

Ob heute die Mehrheit der Berner Frauen für oder gegen das Frauenstimmrecht eingestellt sei, ist nicht ausschlaggebend. Schon die Frage, ob die Gerechtigkeit die Erweiterung der Frauenrechte erheische, ist nicht in erster Linie nach der zahlenmässig vorherrschenden Stimmung unter den Frauen, sondern auf Grund der Würdigung der tatsächlichen Stellung der Frau im öffentlichen Leben zu beurteilen. Das Zahlenverhältnis der für oder gegen das Mitspracherecht eingestellten Frauen verliert jedoch vollends an Bedeutung, sobald man die **Erweiterung der Frauenrechte**, wie es richtigerweise geschehen muss, nicht einzig unter dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit gegenüber den Frauen, sondern zugleich und in erster Linie **nach den Folgen für das Gemeinwesen beurteilt**.

Fortsetzung folgt.

